M.Abt.215a A1-2

1. Bezirk

Bauernmarkt 9

M.A. 24

BUNDESMINISTERIUM FÜR HANDEL UND WIEDERAUFBAU
(Wohnhaus-Wiederaufbaufonds)

Zl.: W 5525/23-I-4/59

B e s c h e i d

I.1.) Mit Bescheid des Bundesministeriums für Handel und Wiederaufbau vom 13.1.56, W 5525/3-II-14/55 war für die Wiederherstellung des Wohnhauses in Wien I., Bauernmarkt 9-Wildpretmarkt 6 Grundstück-Zln.548/1 u. 548/2 Einlagezahl 1o1 der Katastralgemeinde Innere Stadt im Grunde des § 15, Abs.(3) des Wohnhaus-Wiederaufbaugesetzes unter den in obgenanntem Bescheid ersichtlichen Bedingungen ein Kredit im Höchstbetrage von S 6,o61.6oo.- zugesichert worden.

2.) Die Wiederherstellungsarbeiten wurden am 22.12.1958 beendet. Die Bewohnungs-und Benützungsbewilligung wurde am 8.Juli 1959 erteilt und dem Wohnhaus-Wiederaufbaufonds am 17.8.1959 vorgelegt.

II.1.) Die am 17.8.1959 vorgelegte Schlußabrechnung wird nach ho. Berichtigung genehmigt und festgestellt, daß die Wiederherstellungsarbeiten nach den mit dem seinerzeitigen Ansuchen um Gewährung einer Fondshilfe vorgelegten und genehmigten bzw. seither vorgelegten, genehmigten Unterlagen ausgeführt wurden.

2.) Auf Grund der genehmigten Schlußabrechnung wird das für das im Abschn.I, Ziff.1 genannte Wohnhaus gewährte Darlehen endgültig mit

S 6,o38.67o.-

(in Worten: Sechs Millionen dreißigachttausendsechshundertsiebzig S

festgesetzt.

III.1.) Auf Grund des in Abschn.I angeführten Bescheides ist ob der Liegenschaft, Einlagezahl 1o1 der Katastralgemeinde Innere Stadt ein Pfandrecht zur Sicherstellung einer Forderung von S 6,o61.6oo.- zugunsten des Wohnhaus-Wiederaufbaufonds einverleibt. Diese Darlehenszusicherung wurde jedoch nur in der Höhe des in Abschnitt II, Ziff.2, genahnten Betrages in Anspruch genommen. Der Wohnhaus-

Wiederaufbaufonds stellt es dem Darlehensnehmer anheim,die seinerzeitige Grundbuchseintragung auf die tatsächliche Höhe des gewährten Darlehens richtigzustellen.Zu diesem Zweck wird anbei eine Teillöschungsquittung über den Betrag von S22.930.- ------- in zweifacher Ausfertigung zur entsprechenden Bedienung übermittelt. Sollte die Teillöschung durchgeführt werden,so ist dem Bundesministerium für Handel und Wiederaufbau (Wohnhaus-Wiederaufbaufonds) ein neuer Grundbuchsauszug zu übermitteln,der den sodann giltigen Inhalt der grundbücherlichen Eintragung ausweist.

~~1.)Das in Abschnitt I,Ziff.1,genannte Darlehen ist sohin überschritten worden.Der entsprechende,bei der Staatsdruckerei erhältliche Schuldscheinvordruck ist in einer für die grundbücherliche Einverleibung geeigneten Form auszufertigen,auf Grund dieses Schuldscheines die Einverleibung eines weiteren Pfandrechtes in der Höhe von S ob der Liegenschaft,Einlagezahl der Kat.Gemeinde zu erwirken und dem Wohnhaus-Wiederaufbaufonds sodann dieser Schuldschein mit einem Grundbuchsauszug,aus dem der neue Grundbuchstand hervorgeht,zu übersenden.~~

2.)Die Überweisung der Darlehensteilbeträge und Zinsen erfolgt nach dem angeschlossenen Zahlungsplan,der einen wesentlichen Bestandteil dieses Bescheides darstellt, und nach Bekanntgabe des Kontos auf welches die Überweisungen vorgenommen werden sollen.
Eine Aufrechnung von Tilgungsraten auf Leistungen auf Grund des Zahlungsplanes kann nicht erfolgen.

IV.1.)Die Höhe des jährlich zu zahlenden Tilgungsbetrages beläuft sich auf

S 80.515.60

Dieser teilt sich in zwei Teilbeträge (Tilgungsraten),die-bis zur vollen Rückzahlung des Darlehens-an jedem 1.Jänner und 1.Juli fällig und zahlbar sind.

2.)Die erste Tilgungsrate in der Höhe von S 40.257.80--------------- war am 1.7.1959------- fällig ~~und zahlbar.~~Die weiteren Tilgungsraten werden an jedem,diesem Tag folgenden 1.Jänner und 1.Juli in der Höhe von S 40.257.80----- bis zur vollen Tilgung des Darlehens fällig und zahlbar. (Siehe Abschnitt X)

3.)Die Rückzahlung der Tilgungsraten hat auf das Postsparkassenkonto des Wohnhaus-Wiederaufbaufonds unter Konto Nummer 4.000 mit aus-

drücklichem Hinweis auf die Kontenbezeichnung W 5525------------- (Grundzahl des Fondshilfeansuchens bei der Fondsverwaltung) zu erfolgen.

4.) Dem Schuldner steht es frei,an den Fälligkeitsterminen höhere Beträge als die vorgenannten Tilgungsraten rückzuzahlen.Hiedurch wird die Verpflichtung zur Zahlung der Tilgungsraten an den folgenden Fälligkeitsterminen nicht berührt.

5.)Der Darlehensnehmer ist verpflichtet,jede Änderung seines Wohnortes und jeden Wechsel im Eigentum der Liegenschaft,für die das Darlehen gewährt und auf der es sichergestellt wurde,dem Bundesministerium für Handel und Wiederaufbau (Wohnhaus-Wiederaufbaufonds) bekanntzugeben.

6.)Sofort nach Erhalt dieses Bescheides hat der Darlehensnehmer (oder dessen Bevollmächtigter) dem Wohnhaus-Wiederaufbaufonds bekanntzugeben,wem die mit den entsprechenden Angaben versehenen Erlagscheine für die Einzahlung der einzelnen Tilgungsraten zuzusenden sind.Adressenänderungen dieser Personen sind sofort der Verwaltung des Wohnhaus-Wiederaufbaufonds bekanntzugeben.

Bemerkung: Zwecks Überweisung der jeweiligen Tilgungsrate wird vor jedem Tilgungstermin ein mit allen notwendigen Merkmalen versehener Erlagschein an die unter Abschnitt IV,Ziff.6,genannte Person übersandt.

Sollte aus irgendwelchen Gründen dieser Erlagschein den Empfänger nicht erreichen oder nicht zur Verwendung gelangen,so ist unbedingt auf dem Ersatzformular (z.B.grauer Blankoerlagschein) auf der Vorderseite als Geldempfänger der Wohnhaus-Wiederaufbaufonds mit der Postsparkassen-Kontonummer 4.000 anzugeben.Auf der Rückseite des mittleren Teiles (des sogenannten "Erlagscheines") sind aus Vergleichsgründen folgende Angaben unerläßlich:

a) Name des Darlehensnehmers oder dessen Bevollmächtigten,
b) dessen Wohnadresse,
c) (Grundzahl) des Fondshilfeansuchens (Siehe Abschn.IV,Ziff.3)
d) Aufgliederung des überwiesenen Betrages,z.B.in
   Tilgungsrate S
   Verzugszinsen
   usw.

7.)Werden Tilgungsraten nicht termingerecht überwiesen,dann werden Verzugszinsen pro Monat in der Höhe der jeweiligen Bankrate in Anrechnung gebracht.

V.1.)Für die Dauer des Darlehens(also bis zu seiner völligen Tilgung) sind wesentliche bauliche Änderungen,Zu-,Auf- oder Umbauten des Gebäudes oder dessen Abbruch im ganzen oder in Teilen nur nach vorher eingeholter Zustimmung des Wohnhaus-Wiederaufbaufonds zulässig.

2.)Der jeweilige Eigentümer ist verpflichtet,das wiederhergestellte Wohnhaus in gutem Zustand zu erhalten.

VI. Auf Verlangen des Wohnhaus-Wiederaufbaufonds ist die erfolgte Bezahlung der von der belehnten Liegenschaft zu entrichtenden Steuern und Gebühren samt Zuschlägen und sonstigen Abgaben,sowie die Berichtigung der fälligen Zinsen und Kapitalsraten von den diesem Darlehen etwa vorangehenden Hypothekardarlehen nachzuweisen.

VII. Im übrigen gelten alle Bestimmungen(Bedingungen und Auflagen) des ho.Bescheides vom 13.1.1956,W 5525/3-II-14/55------- bzw.des Schuldscheines vom 13.2.1956----------------------------- auch weiterhin,soferne sie nicht in der Zwischenzeit erfüllt oder durch diesen Bescheid abgeändert oder aufgehoben wurden.

VIII. Bei Nichterfüllung von in diesem Bescheide enthaltenen Bedingungen und Auflagen kann das Darlehen durch den Wohnhaus-Wiederaufbaufonds zum nächsten Fälligkeitstermin (1.Jänner oder 1.Juli) gekündigt werden.Dies kann insbesondere dann erfolgen,wenn der Darlehensnehmer durch mindestens zwei Fälligkeitstermine seiner Rückzahlungspflicht nicht nachgekommen ist.

~~IX. Aus Anlaß dieser Bewilligung ist nach Art.II, Abschn.A, Allge- [illegible] Bundesverwaltungsabgaben-Verord- [illegible] Verwaltungsabgabe in der Höhe von S 10.- [illegible]. Der Darlehenswerber wird aufgefordert, binnen [illegible] in Form von Bundesstempelmarken unter Angabe der vorgenannten Kontenbezeichnung (Abschn.IV, Ziff.3) an die Verwaltung des Wohnhaus-Wiederaufbaufonds einzusenden.~~

X. Die gemäß Abschnitt IV,Ziffer 2,am 1.7.1959 fällig gewordene erste Tilgungsquote ist bis spätestens 1.Jänner 1960 nachzuzahlen.

XI. In Abschnitt III wurde die Ziffer 1b) amtlich gestrichen,in Ziffer 2 zwölf Wörter amtlich ergänzt;in Abschnitt IV,Ziffer 2,die beiden letzten Wörter des ersten Satzes amtlich gestrichen und der in Klammer gesetzte Hinweis amtlich ergänzt; der Abschnitt IX zur Gänze amtlich gestrichen.

<u>B e g r ü n d u n g :</u>

Die in diesem Bescheid vorgeschriebenen Bedingungen und Auflagen sind im Wohnhaus-Wiederaufbaugesetz,insbesondere in dessen § 18,Abs.(2) begründet.

<u>Es ergeht an:</u>

1.die Gemeinde Wien M.A.24
<u>W i e n I.,</u>Rathausstr.14-16,Neues Amtshaus

2.den Herrn Landeshauptmann von Wien M.A.25
zur do.Zl.M.A.25-P 5267/54
<u>W i e n XVII.,</u>Kalvarienbergg.33
z.g.K.

28.September 1959
Der Bundesminister :
i.V.Dr.Heinzer

Für die Richtigkeit
der Ausfertigung:
[signature]

Magistratsabteilung 25
Eingel. 1 5. OKT. 1959
Zl. .... Blg. ....

